

Beschlussempfehlung und Bericht
des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

zu der Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte
– Drucksache 14/500 –

Jahresbericht 1998 (40. Bericht)

A. Problem

Die Wehrbeauftragte hat dem Deutschen Bundestag jährlich aufgrund des § 2 Abs. 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu berichten.

B. Lösung

Kenntnisnahme des Berichts.

Mehrheit im Ausschuss

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen werden – soweit sie nicht bereits erledigt sind – der Bundesregierung zur Prüfung, Erwägung und Beachtung zur Kenntnis gebracht. Die Bundesregierung wird ferner gebeten, den Jahresbericht der Wehrbeauftragten, die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung dazu und die Ergebnisse der Beratung des Deutschen Bundestages der Truppe zugänglich zu machen.
2. Der Deutsche Bundestag dankt der Wehrbeauftragten und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit im Berichtsjahr.
3. Die Bundesregierung wird gebeten, bis zum 1. März 2000 über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen zu berichten.

Berlin, den 8. September 1999

Der Verteidigungsausschuss

Helmut Wiczorek (Duisburg)
Vorsitzender

Uwe Göllner
Berichterstatter

Werner Siemann
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Uwe Göllner und Werner Siemann

I. Zum Beratungsverfahren

Die Wehrbeauftragte hat den von ihr nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Bundestages zu erstellenden Jahresbericht für das Jahr 1998 am 16. März 1999 vorgelegt.

Der Präsident des Deutschen Bundestages hat diesen Bericht am 26. April 1999 an den Verteidigungsausschuss gemäß § 114 GO-BT überwiesen.

Der Verteidigungsausschuss hat den Jahresbericht in seiner 30. Sitzung am 8. September 1999 beraten und der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion der PDS zugestimmt.

II. Aus den Beratungen im Ausschuss

Der Berichterstatter der Fraktion der SPD dankte zunächst der Wehrbeauftragten und ihren Mitarbeitern für diesen Jahresbericht. Dieser habe immer den Charakter eines Mängelberichtes, es gebe aber prozentual betrachtet mehr Licht als Schatten in der Bundeswehr. Stets sei abzuwägen zwischen den Rechten des Soldaten als Individuum und den dienstlichen Notwendigkeiten. Insbesondere müssten ideelle und materielle Aspekte berücksichtigt werden, wobei er keine Generaldebatte über eine unzureichende Bundeswehr führen wolle. Die Wehrbeauftragte habe die aktuellen Probleme in der Bundeswehr gut erkannt. Er sei aber der Auffassung, dass man, da erstmals der Bericht der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zeitgleich mit dem Bericht der Bundeswehr über den Zustand der Bundeswehr vorgelegt worden sei, dies nicht in einer verbundenen Debatte diskutieren solle.

Der Berichterstatter der Fraktion der CDU/CSU machte deutlich, dass sich die Bundeswehr bei ihrem Einsatz im ehemaligen Jugoslawien in hervorragender Weise bewährt habe. Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung der KFOR-Operation sei gewesen, dass in Deutschland mit äußerster Anstrengung alle Ressourcen gebündelt und den Soldaten im Einsatzgebiet zur Verfügung gestellt worden seien. Nach seiner Auffassung sei die Bundeswehr im Kern in Ordnung und nur solch eine intakte professionelle Armee könne derart schwierige und gefährliche Aufträge mit dem nötigen Geschick und Einfühlungsvermögen erledigen. Die massiven Kürzungen im Verteidigungshaushalt ließen jedoch befürchten, dass sich der positiv zu bewertende Gesamtzustand der Streitkräfte verschlechtern und sich viele der im Jahresbericht thematisierten Mängel weiter verschärfen würden. Herausheben wolle er insbesondere

- die Materialerhaltung,
- die fehlenden Mittel für die Infrastruktur, insbesondere in den alten Ländern,

- das Streichen von notwendigen Anschaffungen mit Konsequenz auf die Motivation und Ausbildung der Truppe,
- fortschreitende Bürokratisierung.

Die von der Wehrbeauftragten bemängelte fehlende Zivilcourage und Eigenverantwortung bei den Soldaten gebe Anlass zur Sorge. Der Soldat müsse – im Einklang mit der Befehlsstruktur – Kritik und Alternativvorschläge äußern können.

Er halte es für eine Fehleinschätzung des Bundesministeriums der Verteidigung, nur in Einzelfällen seien manche Dienstgradgruppen bei Dienstvergehen unterschiedlich behandelt worden.

Angesichts der wachsenden Zahl der Kriegsdienstverweigerer müsse man dem Eindruck, es bestehe eine Wahlfreiheit zwischen Wehr- und Zivildienst, entgegenwirken. Der Zivildienst sei immer noch die zu begründende Ausnahme zum Wehrdienst und keine Alternative. Man müsse sich daher bemühen, den Grundwehrdienst attraktiver zu gestalten. Die von der jetzigen Regierung beabsichtigte Streichung von Zivildienststellen und die Pläne, im nächsten Jahr 8000 Wehrpflichtige weniger einzuberufen, berührten die Wehrgerechtigkeit.

Abschließend wolle er deutlich machen, dass ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Bericht dazu verpflichte, die Kritikpunkte aufzugreifen und Lösungsansätze aufzuzeigen. Er halte den Umgang mit dem Bericht der Wehrbeauftragten nicht für sachgerecht und angemessen. Die von ihr thematisierten Probleme würden bagatellisiert und als Einzelfälle dargestellt.

Der Berichterstatter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt den Jahresbericht, der gekennzeichnet sei durch eine differenzierte Beobachtung von Problemen. Die Argumentation des Bundesministeriums der Verteidigung, es handle sich stets nur um Einzelfälle, sei grotesk. Die vorliegende Art der Berichterstattung täte auch anderen staatlichen Einrichtungen (z. B. Polizei, BGS) gut. Von einzelnen Punkten, die er betrachten möchte, wolle er zunächst auf die Zivilcourage eingehen, die in besonderem Maße eine Herausforderung für die Vorgesetzten sei. So habe die Wehrbeauftragte festgestellt, dass das Führungsverhalten der Vorgesetzten häufig zu kritisieren sei, wobei er die Kommentierung des Bundesministeriums der Verteidigung als eher ratlos bezeichnen wolle. Bei den Unteroffizieren stelle er zu häufiges „Jobdenken“ fest, wozu auch fehlende Vorbilder beitragen würden. Dies sei aber wohl eine Grundströmung der Gesellschaft und nicht bundeswehrspezifisch. Zum Komplex des Untersuchungsausschusses – rechtsradikale Fälle bei der Bundeswehr – wolle er die nachträgliche positive Beurteilung durch die Wehrbeauftragte betonen. Die Zahl der fremdenfeindlichen Vorfälle sei vor allem auch durch Gegenmaßnahmen durch Vorgesetzte erheblich zurückgegangen. Auch hier würden ge-

sellschaftliche Phänomene, z.B. Tendenzen aus der Jugendszene, vor allem in den neuen Ländern, in die Bundeswehr hineinwirken. Auch Auslandseinsätze und Multinationalität wirkten eher dämpfend auf den Nachwuchs bei der Bundeswehr. Im Bereich der politischen Bildung würde zu Recht auf fehlende Rahmenbedingungen hingewiesen. Zum Thema Allgemeine Wehrpflicht habe sich die Wehrbeauftragte vermehrt mit Tatsachenaussagen geäußert, während das Bundesministerium der Verteidigung dazu Bundesministeriums der Verteidigung eher weniger wertende Stellungnahmen gegeben habe.

Er würde sich wünschen, wenn die Wehrbeauftragte bei internationalen Einsätzen der Bundeswehr noch mehr Einwirkungsmöglichkeit hätte.

Der Sprecher der Fraktion der F.D.P. betonte zunächst, dass es hilfreich sei, dass es solche Berichte wie den Jahresbericht gebe. Dieser zeige die Stimmung in der Trup-

pe auf. Er meine, in die Gesamtdiskussion solle auch die Bestandsaufnahme der Bundeswehr einfließen. Das Thema Infrastruktur läge ihm besonders am Herzen; so könne es nicht angehen, dass von zwölf überprüften Küchen neun aus Hygienegründen geschlossen würden. Das Thema Nummer 1 sei aber eindeutig die sogenannte Ostbesoldung. Da immer mehr Soldaten aus den neuen Ländern einberufen würden, sei immer weniger einsehbar, dass die Soldaten unterschiedlich besoldet würden. Seine Fraktion werde zu diesem Thema im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Verteidigungshaushalt 2000 einen entsprechenden Antrag stellen. Auch das Beförderungproblem, das vornehmlich Majore, Hauptleute und Feldwebel betreffe, wolle er ansprechen. Er begrüße, dass die Wehrbeauftragte dies in ihrem Bericht aufgegriffen habe.

Die Sprecherin der Fraktion der PDS teilte mit, dass ihre Fraktion sich bei der Beschlussempfehlung enthalte.

Berlin, den 13. Oktober 1999

Uwe Göllner
Berichterstatte

Werner Siemann
Berichterstatte